

Pressemitteilung

21.7.2020 Kundgebung: "Solidarität mit den Betroffenen - keine Bühne dem Täter" Prozessauftakt zum rechten Anschlag in Halle ab 8:00 Uhr vor dem Landgericht Magdeburg

Am 21. Juli 2020 beginnt am Landgericht Magdeburg der Prozess gegen den Attentäter des rechten Terroranschlags in Halle am 9. Oktober 2019. Bei dem Anschlag wurden Jana Lange und Kevin Schwarze ermordet, weitere 68 Menschen in der Synagoge entkamen dem Täter nur knapp. In voraussichtlich 18 Prozesstagen soll die Anklage des Generalbundesanwalts verhandelt werden. Zusätzlich sind 40 Nebenkläger*innen zur Verhandlung zugelassen.

Ein Bündnis aus NSU-Komplex auflösen Halle, Arbeitskreis Antirassismus Magdeburg, Initiative 9. Oktober Halle, Solidarisches Magdeburg, Seebrücke Magdeburg, Antirassistische Netzwerk Sachsen-Anhalt, Regina - Ravende Europäer gegen Intoleranz und Nationalismus und Kollektiv IfS-Dichtmachen plant zum Prozessauftakt am 21. und 22. Juli jeweils im Zeitraum von 8-18 Uhr eine Mahnwache vor dem Landgericht.

„Bei der Mahnwache geht es uns vor allem darum, die Perspektiven und Forderungen der Nebenkläger*innen und anderer Betroffener solidarisch zu stärken und ihnen einen Raum zu bieten.“, sagt Yasmina Hamid, Pressesprecher*in für diese Mahnwache, zu den Beweggründen. "Gleichzeitig wollen wir nach den gesellschaftlichen Entstehungsgründen der Tat fragen und wie wir rechter Gewalt entgegenwirken können. Die Auseinandersetzung mit dem Attentat und den Folgen für die Betroffenen wird nicht mit diesem Prozess enden. Ein Schlussstrich kann auch mit dem Urteil nicht gezogen werden.“ Für die Mahnwachen sind u.a. Redebeiträge und performativen Beiträge geplant.

Auch an weiteren Prozesstagen werden Mahnwachen geplant.

Weitere Informationen folgen.

Bei Anfragen wenden Sie sich bitte an den Pressekontakt für diesen Tag:

Yasmina Hamid: 01573 142 3264 (erreichbar: telefonisch, SMS, Telegram und Signal) oder unter der Mailadresse: yasmina@seebruecke.org